

Zeitschrift:	Der Fourier : officielles Organ des Schweizerischen Fourier-Verbandes und des Verbandes Schweizerischer Fouriergehilfen
Herausgeber:	Schweizerischer Fourierverband
Band:	47 (1974)
Heft:	9
Artikel:	Eine Invasion, die (noch) nicht stattfand
Autor:	G.D.
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-518382

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 24.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Eine Invasion, die (noch) nicht stattfand

Welche Schlüsse muss die Schweiz aus den sowjetischen Plänen für einen Angriff auf Oesterreich ziehen?

G. Dk. 1968 lief der tschechische Generalmajor Sejna in den Westen über. Als Militär und kommunistischer Politiker gehörte er zu den wichtigsten Geheimnisträgern des Warschaupaktes. Oesterreichische Medien haben den von Sejna in den Westen gebrachten Operationsplänen kürzlich neue Aktualität verliehen. Aus schweizerischer Sicht interessieren vor allem die grundsätzlichen Ansichten Sejnás über Wert und Unwert kleinstaatlicher Verteidigung, auch wenn militärtechnische Einzelheiten wie Planung von Überfällen auf internationale Flughäfen, Vormarschformationen, Verhalten nach Besetzung, ebenfalls aufschlussreich und studierenswert sind. Die folgenden Zitate beziehen sich auf Punkte allgemeinen Interesses. Sie stammen aus der österreichischen Zeitschrift «profil».

Sowjetische Militärs zur Neutralität

General Schukows engste Mitarbeiter moralisierten damals vor den tschechoslowakischen Offizieren: «Die Wiederherstellung der Ordnung in Ungarn und das Vorgehen gegen die konterrevolutionären Kräfte werden vom Westen zu einer masslosen Propagandaschlacht missbraucht. Ihre ungewissen Konsequenzen könnten eine vorbeugende Sicherung der österreichischen Neutralität geboten erscheinen lassen.» Sejna: «Eine Präventivtheorie, mit der die Sowjets am liebsten alle neutralen Staaten Europas beschirmen würden.»

«Ist es sinnvoll, einen Waffengang anzutreten?»

Sejna: «Ich glaube ja. Als Soldat und Politiker weiss ich, dass man mit der Sowjetunion nur von einer Position möglichster Stärke und Entschlossenheit aus sprechen kann. Sobald die Sowjets erfahren, dass sich irgendein Land fürchtet oder mit dem Gedanken spielt, zurückzuweichen, fordern sie mehr. Ich glaube, vom politischen wie auch militärischen Standpunkt aus betrachtet, wäre eine Kapitulation noch vor einem Waffengang katastrophal. Solch ein Schritt Ihres Volkes oder Ihrer Regierung hätte einen demoralisierenden Einfluss auf ganz Westeuropa und auf alle Patrioten in der Tschechoslowakei und in anderen Ländern des Warschauer Paktes, weil er die Aussichtslosigkeit jeder Politik der Stärke beweisen würde, bevor sie überhaupt noch erwiesen ist.»

«Sie meinen also, dass eine Streitmacht auch für einen kleinen Staat und mitten im Frieden ein Instrument seiner Politik sein kann?»

Dazu Sejna: «Entschieden meine ich das. Natürlich nicht das Instrument einer aggressiven Politik, das versteht sich wohl von selbst. Dieses Spiel bleibt den Grossmächten vorbehalten. Aber auch ein kleines Land kann durch die Moral und Disziplin seiner Armee nach aussen hin innere Entschlossenheit und politische Stabilität im patriotischen Sinn demonstrieren. Nehmen Sie die Schweiz, nehmen Sie Schweden. Und ich glaube, dass man hier auch Ihr Land (Oesterreich) als Beispiel anführen könnte.»

«Entschlossene Haltung — entscheidend»

«Hier wiederum darf man nicht vergessen, dass eine entschlossene Abwehrbereitschaft den Aggressor dazu zwingt, beträchtliche Kampfmittel einzusetzen, womit er einen erheblicheren Risikofaktor für einen möglichen Globalkonflikt hinnehmen muss. Und eines erscheint mir noch besonders wichtig: Vergessen Sie nicht, dass allein schon eine entschlossene Haltung der österreichischen Bundesregierung bei Erpressungsversuchen etwaiger Invasoren eine ganz andere Verhandlungsbasis gibt als ein Volk und eine Streitmacht, die sich schon aufgegeben haben.»

Oesterreichs Haltung schwankend

Zu dieser Frage hat sich der österreichische Verteidigungsminister Lütgendorf damals recht zweifältig ausgedrückt: Darauf angesprochen, ob in der Kapitulation oder im Kampf die grösitere Verantwortung liege, führte er aus: «Das hängt ganz von dem Blutzoll und den Opfern ab, die der Bevölkerung dabei zugemutet werden müssten. Man muss also das eigene Kräfepotential mit dem des Gegners vergleichen und dann entscheiden, ob das Resultat dieses Vergleichs eine Verteidigung

zulässt oder ob man eine Politik betreiben sollte, die die Bevölkerung vor schweren, ja schwersten Opfern bewahrt.»

Demgegenüber ist der Bericht des schweizerischen Bundesrates zur Sicherheitspolitik der Schweiz unmissverständlich: «Ein Volk, das sich nicht zu wehren und seine geistigen und materiellen Werte nicht zu schützen vermag, wird früher oder später zum Spielball fremder Macht- und Gewaltpolitik.» Die Entschlossenheit der Schweiz, sich gegen jeden Überfall mit allen Mitteln zu wehren und sogar dann, wenn sich alle Umstände gegen uns verschwören, nicht zu kapitulieren, sondern höchstens zum bewaffneten oder gewaltlosen Widerstand in besetzten Gebieten überzugehen, ist unmissverständlich verankert. Die Aussagen Sejnas beweisen einmal mehr die zeitlose Richtigkeit dieser Haltung.

Persönliche Beratungsstelle im EMD

Zusammenfassung eines Referates von Fürsprecher A. Meyer, Leiter der Beratungsstelle

Mit Zustimmung des Bundesrates hat bekanntlich der Chef des Eidgenössischen Militärdepartements seinerzeit versuchsweise eine vorerst auf zwei Jahre befristete Persönliche Beratungsstelle im EMD eingeführt, welche Mitte Februar 1971 ihre Tätigkeit aufgenommen hat. Bei dieser Institution, die im Volksmund unrichtigerweise auch als «Ombudsman» bezeichnet wird, handelt es sich um eine nur dem Personal des EMD, nicht etwa den Angehörigen der Armee, offenstehende Beratungsstelle bei Problemen, die aus ihrer Stellung innerhalb der Verwaltung entstanden sind. An sie sollen sich die Bediensteten des Departements wenden können, um sich über menschliche, persönliche oder sachliche Unzulänglichkeiten vertraulich, ausserhalb des Einflussbereiches der unmittelbaren Vorgesetzten, auszusprechen und beraten zu lassen. Die Beratungsstelle soll nur in jenen Fällen angerufen werden, in denen das Vertrauensverhältnis zwischen dem Bediensteten und seinem Vorgesetzten derart gestört ist, dass eine Behandlung auf dem normalen Dienstweg ausgeschlossen ist, oder wenn der Bedienstete Grund zur Annahme hat, dass er mit seiner Meldung oder Beanstandung auf dem ordentlichen Weg kein Gehör finden werde.

Im Rahmen der vom Chef des EMD erteilten Weisungen ist der Leiter der Beratungsstelle in seiner Tätigkeit absolut unabhängig. Es ist für seine Arbeit von grossem Vorteil, dass er aus der Verwaltung hervorgegangen ist und die administrativen Belange kennt. Grundlage für die Arbeitsweise ist die Diskretion; der vertrauliche Charakter der Aussagen, Meldungen, Beanstandungen usw. des Bediensteten gegenüber der Beratungsstelle ist in jeder Beziehung gewährleistet; dies vielleicht im Gegensatz zum eigentlichen Ombudsman, der viel mehr von der Öffentlichkeit berührt wird. Es ist interessant, festzustellen, dass bei gewissen Bediensteten Hemmungen bestehen, sich an die «Klagemauer» zu wenden aus der Befürchtung, dass ihnen dies, sobald ihre Vorgesetzten davon Kenntnis erhalten, irgendwie zum Nachteil gereichen könnte.

Ofters wird darüber geklagt, dass, obschon in Mitteilungen an das Personal auf die Möglichkeit hingewiesen wird, sich in personellen und betrieblichen Angelegenheiten direkt an den obersten Vorgesetzten wenden zu können, dies aber in vielen Fällen blosster Buchstabe bleibe, da die Vorgesetzten oft keine Zeit haben oder haben wollen, um den Gesuchsteller anzuhören, sondern ihn vielmehr an andere Vorgesetzte verweisen oder ihn auf spätere Zeit vertrösten. Vielfach beschwert man sich auch darüber, dass sogar auf dem Dienstweg eingereichte Gesuche, insbesondere um Beförderungen, oder den Betrieb betreffende Eingaben usw. dilatorisch oder überhaupt nicht behandelt oder weitergeleitet werden und dass man auf Anfragen nach dem Schicksal der Eingabe oft nur ausweichende oder nichtssagende Antworten erhalte. In gewissen Fällen kann leider Vorgesetzten ein Mangel an Zivilcourage nicht abgesprochen werden.

Wie viel Zeit, Mühe und Arbeit sowie auch fruchtbare Auseinandersetzungen könnten vermieden werden, wenn mit dem Gesuchsteller in aller Offenheit und Objektivität, insbesondere wenn der Entscheid negativ ausfallen muss, unter Darlegung der Gründe gesprochen würde. Sicher wird der Bedienstete es mehr schätzen, einen Entscheid entgegenzunehmen, auch wenn das Ergebnis für ihn vielleicht enttäuschend ausfällt, als in einem unsicheren Zustand des Vertröstetwerdens oder Abwartens verharren zu müssen.

Die Befürchtungen, dass in erster Linie «Querulanten», d. h. Bedienstete, die in ihrer Angelegenheit alle Mittel ausgeschöpft haben und kein ihnen genehmes oder für sie befriedigendes Ergebnis erreicht haben, die Beratungsstelle in Anspruch nehmen würden, hat sich erfreulicherweise nicht bewahrheitet.